

Wahlprogramme der Parteien liegen vor

Was erwartet uns?

MAGAZIN

Juli/August 2021 • 71. Jahrgang



> Editorial



Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

nun ist der von vielen langersehnte Sommer da! Ferien, Urlaub und niedrige Inzidenzzahlen – das hört sich doch gut an und darauf haben wir gehofft und gewartet.

Kommt es Ihnen nicht auch merkwürdig vor, dass bei allen vorsichtigen Öffnungsschritten im Rahmen der Europameisterschaft wieder volle Stadien mit über 60 000 Zuschauern gezeigt werden? Hatten nicht die schottischen Fans die nächste Infektionskette in der Heimat ausgelöst?

Nach dem Spiel ist vor dem Spiel. Genießen Sie die Sommerzeit und den Urlaub mit der Familie, achten Sie auf sich und bleiben Sie vorsichtig, denn die anderen könnten sich vielleicht nicht so sorgsam verhalten haben.

Und was passiert, wenn wir aus dem Sommer zurückkehren? Hoffentlich nicht die angekündigte vierte Welle der Infektionen. Mindestens aber finden wir neben dem Blick ins Grüne wieder den plakatierten Schilderwald. Alle unsere freundlich lächelnden Kandidatinnen und Kandidaten für die Bundestagswahl vermitteln uns wieder den Eindruck, dass nur sie uns in eine hoffnungsvolle Zukunft führen können.

Die Frage, wer am Ende gewinnt und/oder Kanzlerin oder Kanzler wird, ist das eine. Mich interessiert vielmehr, was bereits vorab aus den Wahlprogrammen der Parteien abzulesen ist.

Sie interessiert das auch?

Dann werden Sie sich über einen ersten Überblick in diesem Magazin freuen. Zugegeben, das kann nur ein erster Aufschlag sein und verkürzt die umfänglich niedergeschriebenen Wahlprogramme. Daher weise ich Sie gerne auf den 3. August 2021 hin. An diesem Tag wollen wir im Rahmen einer virtuellen Mitgliederversammlung über die weiteren

Inhalte und deren Bewertung mit Ihnen diskutieren. So erhalten Sie rechtzeitig vor Beginn der Möglichkeit einer schriftlichen Stimmabgabe Mitte August noch einmal Informationen zu den Aussagen der Parteien im Hinblick auf den öffentlichen Dienst und seine Beschäftigten.

Besonders danken möchte ich bei der Gelegenheit allen, die unser 70-jähriges Jubiläum durch die Teilnahme an den Veranstaltungen, Fotos vor ihren Behörden, Ideen und Veröffentlichungen unterstützen und auch mir mit Rat und Tat zur Seite stehen.

Einer ganz besonderen Person aus dem Team vbob danken wir in diesem Magazin mit einem gesonderten Artikel: Seit dreißig Jahren ist Gabriele Ruppert nun schon die gute Seele des vbob. Eine lange Zeit, für die ich als amtierender Bundesvorsitzender das Privileg hatte, Danke im Namen aller Mitglieder zu sagen!

Unsere Erwartungen bei der Befragung der Beschäftigten der Bundesverwaltung im Rahmen des MEGa-Projektes sind ebenfalls weit übertroffen worden. Auch dafür allen, die teilgenommen und die Befragung beworben haben, ein herzliches Dankeschön.

Nutzen Sie auch die Möglichkeit, Ihrem vbob persönlich zu gratulieren. Der ausgelobte Preis für die drei originellsten Glückwünsche wartet auf Ihre Ideen. Und wenn Sie aus dem Urlaub heraus gratulieren möchten, warum denn nicht!? Alles weitere lesen Sie auf Seite 12.

Zum Schluss möchte ich Sie gerne noch auf unsere Homepage www.vbob.de verweisen. Natürlich kann man nicht an jeder Veranstaltung im Jubiläumsjahr teilnehmen. Den vbob Talk am 30. Juni können Sie dort allerdings auch nachträglich noch schauen. Wir haben die Aufzeichnung für Sie dort eingestellt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich wünsche Ihnen eine gesunde und erholsame Sommerzeit. Sammeln Sie wieder Kräfte und schöne Eindrücke.

Die nächste Ausgabe des Magazins erscheint erst wieder im September.

Bis dahin: Bleiben Sie gesund und zuversichtlich!

Beste Grüße

Ihr

Frank Gehlen,
Bundesvorsitzender

> Inhalt

> Wahlprogramme der Parteien liegen vor: Was erwartet uns? Ein erster Überblick	4–7
> Veranstaltungsreihe #vbob70	8
> Steckbrief: Erste Lehren für die Arbeit der Zukunft	9
> Kommentierte Pressestimmen	10
> 30 Jahre im Dienst – der vbob sagt Danke!	12
> Interview mit Behördenspiegel zum 70. Geburtstag des vbob	12
> Gratulieren lohnt sich!	12

> dbb	
> nachrichten	13
> interview – Andreas Scheuer, Bundesminister für Verkehr und digitale Infrastruktur	16
> Die Bahnreform und ihre Folgen: Zwischen Gewinn und Gemeinwohl	18
> gastbeitrag – Deutsche Bahn: Zeichen an der Wand	19
> drei fragen an ... Dr. Jürgen Gies, Deutsches Institut für Urbanistik, Forschungsbereich Mobilität	21
> dbb akademie	22
> Verkehrswende in der Stadtplanung: Neue urbane Mobilität	24
> Verkehrswende durch Mobilitätsgesetze: Auf die Räder, fertig, los!	27
> europa – nachgefragt bei ... Jörg Wojahn, Vertreter der EU-Kommission in Deutschland	30
> Frauenerwerbstätigkeit in der Europäischen Union: Gleichstellung noch in weiter Ferne	31
> frauen – Gleichstellung im Auswärtigen Amt: Kampagne will #zeichensetzen	32
> service für dbb mitglieder	38
> online – Digitaler Impfnachweis	40
> dbb dialog – Spitzengespräch mit dem Bundesinnenminister: Wenn es hakt, ist meist die Politik schuld	42
> dbb dialog – Neustart für einen NEUSTAAT: Brauchen wir eine Verwaltungsrevolution?	46

> Impressum

Herausgeber des vbob Magazins: Bundesvorstand vbob Gewerkschaft Bundesbeschäftigte. Dreiheftmorgenweg 36, 53175 Bonn. **Telefon:** 0228.9579653. **Telefax:** 0228.9579654. **E-Mail:** vbob@vbob.de. **Internet:** www.vbob.de. Hauptstadtbüro Berlin. Friedrichstraße 169, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.40816900. **Telefax:** 030.40816930. **E-Mail:** vbob.berlin@dbb.de. **Bundesvorsitzender:** Frank Gehlen. **Redaktion:** Anne-Katrin Hoffmann, Friedrichstraße 169, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.40816900. **Telefax:** 030.40816930. **Fotos:** AdobeStock, Fotolia, vbob. **Titelbild:** Anne Hoffmann

Herausgeber der dbb Seiten: Bundesleitung des dbb beamtenbund und tarifunion – Bund der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes und des privaten Dienstleistungssektors – Friedrichstraße 169, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.4081-40. **Telefax:** 030.4081-5598. **Internet:** www.dbb.de. **Leitende Redakteurin:** Christine Bonath (cri). **Redaktion:** Jan Brenner (br). **Bezugsbedingungen:** Das vbob Magazin erscheint zehnmal im Jahr und wird allen vbob Mitgliedern im Rahmen der Mitgliedschaft gegen Beitrag geliefert. Nichtmitglieder bestellen in Textform beim DBB Verlag. Inlandsbezugspreis: Jahresabonnement 37,70 Euro zzgl. 7,20 Euro Versandkosten, inkl. MwSt.; Mindestlaufzeit 1 Jahr. Einzelheft 4,20 Euro zzgl. 1,40 Euro Versandkosten, inkl. MwSt. Abonnementkündigungen müssen bis zum 1. Dezember in Textform beim DBB Verlag eingegangen sein, ansonsten verlängert sich der Bezug um ein weiteres Kalenderjahr. **Verlag:** DBB Verlag GmbH. **Internet:** www.dbbverlag.de. **E-Mail:** kontakt@dbbverlag.de. **Verlagsort und Bestellschrift:** Friedrichstraße 165, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.7261917-0. **Telefax:** 030.7261917-40. **Layout:** Dominik Allartz. **Anzeigen:** DBB Verlag GmbH, Mediacyber, Dechenstraße 15 a, 40878 Ratingen. **Telefon:** 02102.74023-0. **Telefax:** 02102.74023-99. **E-Mail:** mediacyber@dbbverlag.de. **Anzeigenleitung:** Petra Opitz-Hannen, **Telefon:** 02102.74023-715. **Anzeigenverkauf:** Andrea Franzen, **Telefon:** 02102.74023-714. **Anzeigendisposition:** Britta Urbanski, **Telefon:** 02102.74023-712. **Preisliste 62 (dbb magazin) und Preisliste 41 (vbob Magazin),** gültig ab 1.10.2020. **Druckauflage dbb magazin:** 552.395 (IVW 1/2021). **Anzeigenschluss:** 6 Wochen vor Erscheinen. **Herstellung:** L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien, Marktweg 42–50, 47608 Geldern. **ISSN 1437-997X**

Wahlprogramme der Parteien liegen vor Was erwartet uns? Ein erster Überblick

Das vbob Magazin möchte Ihnen auf den folgenden Seiten einen groben Überblick über die Wahlprogramme der heute bereits im Bundestag vertretenen Parteien geben. Die folgende Darstellung erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit, sondern soll die relevantesten Themen und Forderungen mit Relevanz für den öffentlichen Dienst aufgreifen. Eine Bewertung der Forderungen wollen wir gerne mit Ihnen, liebe Leserinnen und Leser, gemeinsam am 3. August 2021 im Rahmen einer WebEx-Veranstaltung vornehmen. Begonnen wird mit den derzeitigen Regierungsparteien CDU und SPD. Danach stellen wir die Schwerpunkte der Oppositionsparteien (in der Reihenfolge der Sitzverteilung im Bundestag) vor.



CDU/CSU

Die Unionsparteien orientieren sich in ihrem Wahlprogramm an vielen Aussagen aus dem Buch NEUSTAAT. Sie fordern ein neues Verständnis vom Staat. Um Fragen der **Digitalisierung** zu konzentrieren besteht die Absicht, ein **Bundesministerium für digitale Innovationen und Transformation** zu schaffen. „Digitale Vorfahrt“ nennen die Parteien die Absicht, alles zu digitalisieren, was digitalisierbar ist. Alle Schriftformerfordernisse sollen abgeschafft werden.

Ohne die Ideen, das Engagement und die Erfahrungen der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes sei eine **Staatsmodernisierung** nicht vorstellbar. Dies ergänzen die Verfasser um den Zusatz, neue Impulse

durch externe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter setzen zu wollen. Interdisziplinäre Projektarbeit solle Standard in den Verwaltungen werden. Hinzu sollen in allen Geschäftsbereichen Modernisierungsteams Innovationen und strategische Schwerpunkte erproben und optimieren. Ein offenes, durchlässiges, leistungs- und fähigkeitsgerechtes **Dienstrecht**, keine tägliche, sondern wöchentliche Höchst Arbeitszeit sollen die Verwaltung kennzeichnen. Ministerien sollen Aufgaben an nachgeordnete Behörden abschieben, die Bundesverwaltung ihr Handeln an Nachhaltigkeitsindikatoren ausrichten.

Sicherheitsbehörden sollen personell und inhaltlich gestärkt werden, das BBK ausgebaut und mit mehr Kompetenzen versehen werden.

Besonders hervorzuheben sind ein klares Bekenntnis zu den beiden Säulen **Tarifbeschäftigte und Berufsbeamtentum**, zum Berlin/Bonn-Gesetz, der Absicht der Ansiedlung neuer

Bundestagswahl 20~~21~~

26. September

Bundesbehörden in den neuen Bundesländern und zur Ablehnung einer Einheitskrankenversicherung.

sollen ein digitales Zugangsrecht zum Betrieb und ein Verbandsklagerecht erhalten.

Der **Rechtsanspruch** auf mind. 25 Tage Homeoffice für Vollzeitbeschäftigte (analog für Teilzeitbeschäftigte) steht ebenfalls im Programm, wie das Recht auf Weiterbildung und Neustart in allen Lebenslagen. Die SPD lehnt die weitere Anhebung des Rentenalters ab und fordert die Vollversicherung als Bürgerversicherung.



SPD

Im Wahlprogramm der Sozialdemokraten finden sich keine konkreten Aussagen zum öffentlichen Dienst. Daher sind die allgemeinen Aussagen auf diesen zu adaptieren. Das Ziel der SPD ist eine **digitale** Infrastruktur bis 2030 auf Welt-niveau. Dabei solle das Recht auf informelle Selbstbestimmung geschützt werden. Die für die Vorhaben benötigten finanziellen Ressourcen sollen unter anderem durch die Verstärkung von Kompetenzen des Zolls, gerechtere Besteuerung von Einkommen und die Wiedereinführung der Vermögenssteuer erwirtschaftet werden.

Zum Thema **Arbeit** formuliert die SPD gerechte Löhne, Tarifbindung möglichst vieler Unternehmen und die Abschaffung der sachgrundlosen Befristung. Gewerkschaften



Alternative für Deutschland – AfD

Die Alternative für Deutschland (AfD) fordert eine strikte Trennung von Amt und Mandat. Kanzler, Ministerpräsidenten und Minister dürften nicht mehr zugleich Abgeordnete sein. Die Institution der parlamentarischen Staatssekretäre sei abzuschaffen. Dies fordert die Partei auch für das Institut der „**politischen Beamten**“ in der Staatsverwaltung – vom Ministerialdirektor bis zum Polizeipräsidenten. Beamten- und Richterstellen seien ausschließlich nach Qualifikation zu besetzen. Die „Parteibuch-

wirtschaft“ müsse beendet werden.

In diesem Zusammenhang fordert die AfD eine **Reduzierung des Beamtenstatus auf originär hoheitliche Aufgaben**: Die hohe Loyalität der Beamten beruhe auch auf dem Prinzip der Fürsorgepflicht des Dienstherrn und damit auch die beamtenrechtliche Altersversorgung, welche die AfD beibehalten wolle. Durch Reduktion von Verbeamtungen auf hoheitliche Aufgaben würde ein Großteil der künftigen Staatsbediensteten in die gesetzliche Rentenversicherung aufgenommen und deren Beitragsaufkommen gestärkt. Mit Blick auf die **Digitalisierung** der Verwaltung fordert die AfD, digitale Verwaltungsprozesse zu verschlanken und zu vereinheitlichen.

Das **Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI)** soll nach den Forderungen der Partei zu einer Behörde des digitalen Verbraucherschutzes ausgebaut werden. Behörden der polizeilichen und nichtpolizeilichen Gefahrenabwehr müssten unverzüglich auf den Stand der digitalen Technik gebracht und ihre Verfahrensweisen entsprechend angepasst werden. Instrumente an der Schnittstelle zum Bürger, wie zum Beispiel die NINA Warn-App, müssten nicht nur mit den notwendigen finanziellen Ressourcen ausgestattet, sondern auch anwenderfreundlich ausgestaltet werden.



FDP

Die Freien Demokraten fordern eine weitreichende Föderalismus- und **Verwaltungsreform**. Dabei betonen sie, dass es nicht nur um die **Digitalisierung** von Prozessen, sondern um einen Mentalitätswandel gehe. Eine digitale Dividende (Einsparungen durch Digitalisierung) solle bei der jeweiligen öffentlichen Stelle verbleiben. Das öffentliche **Dienstrecht** müsse flexibilisiert werden. Die Schaffung eines **Bundesministeriums für digitale Transformation** und dessen enge Verknüpfung mit den anderen Ressorts wird vorgeschlagen.

Zu einer modernen Arbeitswelt gehöre mehr Flexibilität im Arbeitszeitgesetz, zum Beispiel eine wöchentliche statt einer täglichen Höchstarbeitszeit. Bei mobiler Arbeitszeit und im Homeoffice soll das Arbeitsschutzgesetz und nicht die Arbeitsstättenverordnung gelten. Ein nach niederländischem Vorbild eingeräumtes Recht auf Erörterung zum mobilen Arbeiten fördere Kulturwandel und Akzeptanz für flexibles Arbeiten.

Ein Bekenntnis zur Mündigkeit bei der Wahl der **Krankenversicherung** mit einer Vereinfachung des Wechsels aus der



gesetzlichen in die private Krankenversicherung, lautet der Vorschlag der FDP.

Eine Föderalismusreform III solle die Sicherheitsstruktur reformieren, etwa durch Reduzierung der Anzahl der Landesämter für Verfassungsschutz. Das Trennungsgebot zwischen Nachrichtendiensten und Polizeien solle grundgesetzlich verankert werden. Eine parlamentarische Nachrichtendienstbeauftragte soll bei der Kontrolle der Nachrichtendienste unterstützen.

Bemerkenswert auch der Vorschlag, dass, wer mit 60 Jahren mindestens das Grundsicherungsniveau bei der **Altersversorgung** erreicht hat, soll selbst entscheiden können, wann er oder sie in Rente gehen will.

DIE LINKE.

▣ DIE LINKE

Die Partei DIE LINKE legt in ihrem Wahlprogramm einen Schwerpunkt auf das Thema „**Gute Arbeit**“. „Arbeitszeiten, die zum Leben passen“, „mehr Personal statt Dauerstress“. Deutliche Arbeitszeitverkürzung in Richtung eines neuen Normalarbeitsverhältnisses mit 30 Stunden pro Woche ein Mitbestimmungsrecht bei der Personalbemessung sowie eine Antistressverordnung. Die gesetzliche Höchstarbeitszeit solle auf maximal 40 Stunden pro Woche begrenzt werden.

Alle Beschäftigten sollen durch ein **Recht auf Homeoffice** ei-

nen Teil ihrer Arbeit zu Hause erledigen können, sofern die Art ihrer Tätigkeit das zulässt. Die **Bedingungen für Homeoffice** müssen per Tarifvertrag oder per Betriebs-/Dienstvereinbarung geregelt werden. Es wird eine Verordnung zum Schutz vor Gefährdung durch psychische Belastung bei der Arbeit (Antistressverordnung) gefordert. Betriebsräte müssten die Regeln des Arbeitsschutzgesetzes zur Verhütung psychischer Belastung sowie ganzheitliche Gefährdungsbeurteilungen und vor allem Abhilfemaßnahmen leichter durchsetzen können.

„**Befristungen stoppen**“ heißt: Sie müssen im Teilzeit- und Befristungsgesetz ersatzlos gestrichen werden. Der dritte Arbeitsvertrag bei demselben Arbeitgeber oder derselben Ar-

beitgeberin müsse zwingend unbefristet sein.

Gewerkschaften sollen gestärkt werden. Das Tarifeinheitsgesetz müsse zurückgenommen werden, da mit ihm eine Einschränkung des Streikrechts verbunden ist.

Mit Blick auf ihr Renten-/Sozialversicherungskonzept fordert die Partei eine gesetzliche Alterssicherung auch für bislang nicht versicherte Selbstständige, Freiberufler(innen), Beamt(inn)en, Manager(innen) und Politiker(innen). Alle Erwerbstätigen sollen Beiträge in diese gesetzliche Rentenversicherung zahlen. Die Rente mit 67 müsse zurückgenommen werden. Die Trennung zwischen gesetzlicher und privater **Krankenversicherung** soll nach dem Konzept abgeschafft werden.



Zum Thema Öffentliche Verwaltung fordert DIE LINKE die schnellere Bearbeitung von Bürgeranliegen durch **Digitalisierung**. Das Mitbestimmungsrecht von Betriebs- und Personalräten müsse bei der Einführung von Digitaltechnologien und digitalen Arbeitsprozessen gestärkt und erweitert werden. Im Bereich der Abwehr von Angriffen auf die IT-Sicherheit haben nach Auffassung der Partei die „Bundeswehr und Geheimdienste nichts zu suchen“, stattdessen solle die **Unabhängigkeit des Bundesamts für die Sicherheit in der Informationstechnologie (BSI)** gestärkt und dessen Beratungs- und Hilfsangebote ausgebaut werden.



► Bündnis 90/Die Grünen

Die Grünen fokussieren sich auf das Thema „Klima“: Das hat in allen möglichen Facetten natürlich auch Einfluss auf die Arbeitswelt im öffentlichen Dienst. Ein Beispiel: Dienstreisen. Diese sollen entweder zugunsten von Videokonferenzen gänzlich entfallen oder die Nutzung des Flugzeugs als Reisemittel auf ein Minimum zu begrenzen sein. Die Bundesverwaltung müsse beim Thema **Klimaschutz** Vorreiter und Vorbild sein und klimaneutral werden.

Die Beschaffung und seine Förderkriterien sollen an der Einhaltung von ökologischen Menschenrechts- und sozialen Standards orientiert werden. So gehe die Politik mit gutem Beispiel voran.

Auch die Grünen fordern eine umfassende **Digitalisierung der Verwaltung**: Als Grund dafür machen sie unzureichende Technik und veraltete und überkommene Abläufe fest. Mit barrierefreien E-Government-Dienstleistungen, sicheren digitalen Beteiligungsformaten und Open Government soll die Verwaltung modernisiert und unnötige Bürokratie wie Schriftformerfordernisse abgebaut werden. Die Vision sei ein digitaler, antragsloser und proaktiver Sozialstaat. Dafür brauche es eine Kultur behördlicher Zusammenarbeit sowie der Ermöglichung innovativer Ansätze. Innovations-einheiten und agile Projektteams in den Behörden sollen nach dem Willen der Partei diesen Kulturwandel befördern und zugleich für Zusammenarbeit über alle Ebenen hinweg sorgen, flexible Arbeitszeiten und eine positive Fehlerkultur die Akzeptanz neuer Verhaltensmuster stärken.

Der **öffentliche Dienst** müsse gestärkt und modernisiert werden: Mehr Stellen, gerade im IT- und Planungsbereich, gute Bezahlung, flexible Laufbahnen, mehr Durchlässigkeit sollen nach Auffassung der Grünen den öffentlichen Dienst fit für das 21. Jahrhundert machen. Es müsse eine große Fortbildungsoffensive für die öffentliche Verwaltung gestartet und die Digitalisierung zum Schwerpunkt einer jeden Verwaltungsausbildung gemacht werden.

Auch gelte es, die **Vielfalt in der Verwaltung** zu erhöhen. Dazu gehöre beispielsweise Mehrsprachigkeit in der Verwaltung zu fördern und bei der Einstellungs- und Beförderungspraxis nicht nur die

Gleichstellung der Geschlechter, sondern auch die gesellschaftliche Vielfalt zu beachten, diskriminierungskritische Organisationsentwicklungen in öffentlichen Behörden und Unternehmen durchzuführen sowie diversitätssensible Weiterbildungen anzubieten.

Die **Mitbestimmungsrechte** für Betriebsräte, Personalräte und auch Jugend- und Ausbildungsververtretungen sollen ausgebaut und modernisiert werden.

Die Grünen wollen den **Verfassungsschutz** strukturell neu aufstellen: zum einen mit einem unabhängigen, wissenschaftlich aus öffentlichen Quellen arbeitenden Institut zum Schutz der Verfassung. Zum anderen mit einem verkleinerten Bundesamt für Gefahrenerkennung und Spionageabwehr, welches mit rechtsstaatskonformen nachrichtendienstlichen Mitteln klar abgegrenzt von polizeilichen Aufgaben arbeitet.

Die gesetzliche **Rentenversicherung** wollen die Grünen schrittweise zu einer Bürgerversicherung weiterentwickeln. Mit dieser wolle man alle in die Finanzierung eines leistungsstarken Versicherungssystems einbeziehen und so auch vor dem Hintergrund künftiger Kostensteigerungen im Gesundheitswesen für eine stabile und solidarische Lastenteilung sorgen. Auch Beamte/Beamtinnen, Selbstständige, Unternehmer(innen) und Abgeordnete sollen sich mit einkommensabhängigen Beiträgen hieran beteiligen.

Liebe Leserinnen und Leser, Sie merken bereits an diesem kurzen Einblick in die Pläne der Parteien, dass die nächste Legislaturperiode auch für die Bundesverwaltung und Ihre Gewerkschaft vbob spannend wird. Mehr Inhalte und eine gemeinsame Einordnung und Bewertung bieten wir am 3. August 2021 in der virtuellen Diskussionsrunde. ■

Veranstaltungsreihe #vbob70

Ab ins Homeoffice – Ein Weg von der Präsenzkultur zur Vertrauensarbeitszeit?

Ein Tag nach dem 70. Geburtstag, am 22. Juni 2021, stand das Thema Homeoffice im Mittelpunkt der vierten Online-Jubiläumsveranstaltung des vbob. Gemeint war die Zukunft des Homeoffice nach hoffentlich überwundener Pandemielage. Durch die COVID-19-Pandemie wurde Homeoffice nahezu über Nacht zum Arbeitsalltag für viele Beschäftigte, um das Ansteckungsrisiko am Arbeitsplatz zu reduzieren. Während in der Privatwirtschaft flexibles und mobiles Arbeiten oft gängige Praxis ist, tat sich

der öffentliche Dienst bisher eher schwer damit, Abweichungen von der Präsenzkultur zuzulassen. Die von Gewerkschaften und Personalvertretungen über Jahrzehnte erkämpfte Telearbeit hat es bisher kaum über die Wahrnehmung als gönnerhaftes Entgegenkommen der Arbeitgeber bei familiären Sorgerepflichtungen hinausgeschafft. Entgegen aller Bedenken zeigt sich anhand der Erfahrungen während der Pandemie jedoch, dass Homeoffice in größerem Umfang auch im öffentlichen Dienst funktioniert und für Arbeitgeber und Beschäftigte häufig eine Win-win-Situation darstellt. Es gilt, für die Zukunft die richtigen Weichenstellungen zu finden und gute Dienstvereinbarungen, Übergangsdienstvereinbarungen und begleitende Rechtsvorschriften zu erarbeiten, die in den Verwaltungen zukunftsgerichtete Arbeitsstrukturen entstehen lassen können.

Moderiert wurde die Veranstaltung von vbob Bundesfrauenvertreterin Anna Diegeler-Mai und vbob Bundesjugendvertreter Thomas de Greeff, die gemeinsam einen Fragenkatalog ausgearbeitet hatten, der den roten Faden der Veranstaltung bildete. Er reichte von der Frage, ob die bis 30. Juni 2021 geltende Homeofficepflicht weitergeführt werden sollte über den Wunsch, dass sich die Arbeitgeber und Dienstherrn von der gern gelebten Präsenzkultur endlich verabschieden müssen bis hin zur Frage, ob ein gesetzlicher Anspruch auf einen Heimarbeitsplatz eine Lösung darstellen kann.

Vorweg gesagt: Alle 31 Diskussteilnehmer hielten es nach den Erfahrungen der Pandemie für möglich, dass eine Vertrauenskultur zwischen Arbeitgeber/ Dienstherr und Beschäftigtem entstehen kann,

wenn beide Seiten sich auf genaue Verhaltensregeln einigen. Die Welt lässt sich nach der Pandemie nicht zurückdrehen, die Arbeitswelt wird sich insgesamt weiter verändern und die positiven Erfahrungen der Pandemiezeit müssen genutzt werden, um als Verwaltungen mit gutem Beispiel voranzugehen, da war man sich einig. Wie es unser Bundesvorsitzender Frank Gehlen in seinem großen Interview zum 70. Geburtstag des vbob im Generalanzeiger gesagt hat: „Die Beschäftigten haben jedenfalls bewiesen, dass sie im Homeoffice eben nicht nur grillen, Rasen mähen oder Fernsehen gucken, sondern dass sie in der Lage sind, außerhalb eines ihnen zur Verfügung gestellten Büros ihre Arbeit qualitativ gut zu erbringen.“

In den meisten Ministerien und Behörden werden die Möglich-

keiten des Homeoffice dem Bericht vieler Veranstaltungsteilnehmenden weiter genutzt, einen strengen Cut gibt es mit dem Auslaufen der Homeofficepflicht nicht. Vielmehr arbeiten Arbeitgeber und Dienstherrn gemeinsam mit ihren Personalvertretungen bereits an maßgeschneidert auf ihre Verwaltungen passende neue Dienstvereinbarungen und Übergangsdienstvereinbarungen, die teilweise die geltenden Dienstvereinbarungen über Telearbeit und mobiles Arbeiten ersetzen oder ergänzen sollen.

Homeoffice wird von vielen Beschäftigten positiv gesehen und ausdrücklich gewollt, deshalb ist der Druck zu guten Festlegungen zu kommen hoch. Dass dies gelingen kann, wurde von allen Teilnehmenden optimistisch gesehen. Um genau herauszufinden, welche

Erwartungen die Beschäftigten haben, erstellt der vbob eine Studie zusammen mit der Uni Heidelberg. Die Ergebnisse können vor allem die Arbeitnehmerseite bei den Verhandlungen zusätzlich unterstützen. Gesetzliche oder sonstige rechtlich eng bindende Regelungen werden als nicht hilfreich angesehen. Sie dürfen nur einen weiten Rahmen setzen, der genügend Spielraum für flexible Regelungen nach den örtlichen und strukturellen Gegebenheiten bietet. Auch der Anspruch auf einen Heimarbeitsplatz solle nicht gesetzlich geregelt, sondern allenfalls als Ergebnis einer Festlegung in einer Dienstvereinbarung zum Zuge kommen, stellte ein Teilnehmer der Veranstaltung klar. Die Ausnahme muss natürlich für die gesundheits- und arbeitsschutzbezogenen Regelungen gelten. Die darin genannten Bedingungen sind

grenzziehend zum Schutz der Beschäftigten auch vor sich selbst. Für die zeitgemäße, umfassende und guten ergonomischen Rahmenbedingungen und genügende IT-technische Ausstattung der Heimarbeitsplätze muss dabei selbstverständlich vom Arbeitgeber und Dienstherrn gesorgt werden. Auch wenn damit die Gefahr der Reduzierung von Arbeitsplätzen in den Behördenliegenschaften selbst heraufbeschworen werden könnte, wie ein Diskussionsteilnehmer es bereits andeutungsweise aus dem Bundesfinanzministerium gehört hat.

Was nach Feststellung der Veranstaltungsteilnehmenden nicht passieren darf, ist eine Spaltung der Beschäftigten.



> Diskutanten der Veranstaltung am 22. Juni

Denn selbstverständlich gibt es auch im öffentlichen Dienst viele Tätigkeitsbereiche, die eine physische Anwesenheit vor Ort erfordern. Pförtner, Kraftfahrer, aber auch manche Beschäftigte in Archiven und Bibliotheken können nicht zu Hause arbei-

ten. Es darf nicht dazu kommen, dass „die, für die Arbeit im Homeoffice kein Problem ist, alles bekommen und es für die anderen heißt: Ist doch dein privates Problem, wenn du die Bedingungen für Homeoffice nicht erfüllen kannst“, sorgt sich

auch vbob Bundesvorsitzender Frank Gehlen.

Die in den Behörden als Mitglieder unserer Gewerkschaft aktiven Personalvertretungen sind stark gefordert, diese zukunftsgerichtete Managementaufgabe aller Beteiligten in den Behörden mitzugestalten. Angemessene und ausgewogene Homeofficemöglichkeiten können dazu beitragen, dass die Behörden auch in Zukunft gut qualifiziertes Personal gewinnen können. Damit das alles gelingen kann, wünschten sich Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Veranstaltung die Unterstützung durch den vbob, die selbstverständlich zugesagt wurde.

adm und tdg

Steckbrief

Erste Lehren für die Arbeit der Zukunft

Bereits am 27. Mai fand die Online-Jubiläumsveranstaltung zum Thema „Erste Lehren für die Arbeit der Zukunft – Erfahrungen aus der Pandemie“ statt. Die Moderatoren waren der stellv. Bundesvorsitzende Sascha Titze und das Bundesvorstandsmitglied Lothar Hermes.

Wie wurde sie inhaltlich vorbereitet/das Thema aufbereitet?

Kollege Lothar Hermes bot einen Einblick in die Arbeitssituation in der BI mA. Im März 2020 hatte ein sogenanntes Notfallteam in der BI mA Maßnahmen beschlossen, um die Arbeitsfähigkeit dieser aufrechtzuerhalten. Es wurden beispielsweise Maßnahmen ergriffen, um vor allem Erreichbarkeiten für Kunden und Dienstleister sicherzustellen und die breite Nutzung des Homeoffice eingeführt sowie Telefon- und Videokonferenzsysteme genutzt. Die Teilnehmenden der Veranstaltung sollten daran anknüpfend von ihren eigenen Erfahrungen berichten.

Wie verlief die Diskussion?

Es war eine sehr angenehme Veranstaltung, die sehr konstruktiv und offen verlief. Der Einblick in die Erfahrungen anderer Behörden war sehr bereichernd.

Welche Forderungen/Ergebnisse lassen sich festhalten? Gibt es eine Kernbotschaft?

Die Ausstattung mit Arbeitsmitteln wurde eher positiv bewertet. Zum Teil wurden kreative Lösungen gefunden, um die Arbeitsfähigkeit aufrechtzuerhalten. Die Teilnehmenden hatten dabei auch kein Problem damit, private Geräte zu nutzen. Die veränderte Arbeitsweise hat natürlich auch zu

Entgrenzung von Beruflichem und Privatem geführt – hierauf muss in Zukunft ein Augenmerk gerichtet werden. Persönliche Kontakte mit den Kolleginnen und Kollegen werden vermisst. Gerade für Familien ist die Belastung in der Pandemie enorm. Hier hat es aber auch viel Verständnis vonseiten des Dienstherrn/Arbeitsgebers gegeben. Nach Eindruck der Teilnehmenden haben sich auch die Führungskräfte gut auf die neue Situation eingestellt. Auf sie kamen in diesen Zeiten ebenfalls große Herausforderungen zu.

Welche Aussage oder welches Ergebnis hat überrascht?

Es war eine schöne Überraschung, dass sehr wenig „ge-

meckert“ wurde. Bei den Teilnehmenden herrschte viel Verständnis dafür, dass naturgemäß in dieser Situation nicht alles rundlief. Es entstand der schöne Eindruck, dass der Arbeitgeber Staat nicht wegen der Sicherheit, die er gerade in diesen Zeiten bietet, attraktiv ist, sondern auch und vor allem wegen der sonstigen Arbeits- und Rahmenbedingungen!

Auf den Punkt gebracht:

Es sind fordernde Zeiten, aber die Bundesverwaltung hat einiges für die Zukunft gelernt!

Wie geht es nun weiter mit dem Thema?

Das Thema wird uns in der Nach-Pandemie-Zeit noch lange beschäftigen. Der vbob will die „Zukunft der Arbeit“ aktiv mitgestalten. Hierfür waren und sind die Erfahrungen unserer Mitglieder sehr hilfreich!

L. Hermes/S. Titze



Kommentierte Pressestimmen

Irgendwie kann man sich des Eindrucks nicht verwehren: Es beginnt die Sommerferienzeit, die Sonne scheint, die Inzidenzen sinken. Das alles lässt den Schluss zu, dass der Sommer 2021 entspannt und gut wird; ähnlich übrigens wie im Sommer 2020. Nur, was ist schon in ein paar Wochen, was geschieht im Herbst? Wie sind hier die politischen Konzepte? Hat die Politik aus den Versäumnissen des letzten Jahres gelernt und ist dieses Mal auf den Herbst, das erwartbare schlechtere Wetter und die höchstwahrscheinlich dann wieder steigenden Inzidenzen besser vorbereitet? Wie geht es nach der Ferienzeit also weiter mit der Schulbildung der Kinder und Jugendlichen?

Unterricht in Präsenz, digital oder im Wechsel. Maskenpflicht, Quarantänefälle, Schnelltests – noch immer herrscht an deutschen Schulen Ausnahmezustand und damit auch bei den Schulleitungen. „Im ganzen Land fehlen Schulleitungen“, titelt **weltonline** am 1. Juni 2021. Die Schulleiter(innen) beklagen sich seit Monaten über fehlenden Rückhalt in den Behörden – etwa durch hektisch erstellte Hygienevorschriften, die die Realität an Schulen nicht immer ausreichend berücksichtigten. Stoßlüften trotz Fenster, die sich nicht öffnen lassen? Sache der Schulleitung. Desinfektionsmittel, das in Fünf-Liter-Kanistern geliefert wird, aber wegen der Brandschutzbestimmungen weder auf dem Schulgelände gelagert, noch vom Schulpersonal umgefüllt werden darf? Sache der Schulleitung. Der wachsende Unmut von Eltern, Schülern und Kollegium in der Pandemie? Sache der Schulleitung.

Schon vor Beginn der Pandemie hatten die Lehrer*gewerkschaften einen Schulleiter(innen)mangel und wachsende Unzufriedenheit bei Rektoren(innen) beobachtet.

Mit den Erfahrungen der Krise fürchten sie nun eine Zuspitzung der Lage. „Dauerbereitschaftsdienst, Arbeit am Wochenende und der Unmut aller an Schule Beteiligten, der bei ihnen abgeladen wird, führt da über kurz oder lang zu völliger Erschöpfung“, warnt Udo Beckmann, Chef des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE). „Ob alle Schulleitungen weiterhin bereit sein werden, sich das anzutun, vor allem ohne die angemessene Unterstützung der Kultusministerien, ist für uns mehr als fraglich.“ Schon vor den Monaten des Lockdowns, Anfang 2020, gaben in einer Forsa-Umfrage im Auftrag des VBE mehr als ein Drittel der Schulleitungen an, ihren Beruf würden sie wahrscheinlich nicht oder auf gar keinen Fall weiterempfehlen. Noch 2018 sagte dies weniger als ein Viertel. Wie viele Schulen ohne feste Leitung auskommen müssen, wird nicht genau erfasst. Die Mischung aus fehlender Gestaltungsfreiheit, unattraktiver Bezahlung und wenig Zeit ist auch für Ilka Hoffmann der zentrale Grund für Vakanzen. „Den größten Mangel haben wir an den Grundschulen“, sagt Hoffmann, die im Vorstand der Gewerkschaft Erziehung und

Wissenschaft (GEW) für Schulen zuständig ist. Diese Tendenz zeichnet sich auch in den Zahlen der Kultusministerien ab. Zwei Millionen Schüler in Deutschland haben massive Bildungslücken. Der Deutsche Lehrerverband schlägt Alarm: Bei zwei Millionen der insgesamt elf Millionen Schüler in Deutschland werden bedingt durch Unterrichtsausfälle massive Bildungslücken befürchtet. Auch die Zunahme psychischer Erkrankungen unter Kindern und Jugendlichen bereitet Experten Sorgen.

Hinzu kommt: „Schulen sind nicht pandemiesicher!“, **BILD** vom 8. Juni 2021. Luftfilter in den Klassenräumen, Internetanschlüsse mit Gigabit-Geschwindigkeit, kleinere Klassen und vor allem zusätzliche Lehrer seien notwendig, um krisenfest zu werden. Um mehr Lehrkräfte zu gewinnen, fordert Franz-Josef Meyer vom Verband Bildung und Erziehung (VBE) höhere Anreize. So sollen mehr pensionierte Lehrer und Lehramtsstudenten für den Unterricht gewonnen werden. „Das muss attraktiver und flexibler sein.“ Meyer fordert zudem Zeit, dass Schüler ihre Lernrückstände aufholen kön-

nen. „Aus dem Aufholprogramm darf keine Aufholjagd werden“, sagt er. In der Zeit des Distanzunterrichts hätten die Lehrer viele Schüler überhaupt nicht mehr erreicht. „Die Zahl der Schüler, die im Homeoffice regelrecht abgetaucht sind, ist weitaus größer als im Präsenzunterricht“, sagt Torsten Neumann vom Verband Niedersächsischer Lehrkräfte. Er befürchtet einen Anstieg bei der Zahl der Schulabbrecher. „Diese Jugendlichen drohen uns durchs Raster zu fallen.“ Weil es kaum Berufsorientierung in der Corona-Pandemie gab, rechnet der Berufsschullehrerverband im nächsten Schuljahr mit weniger Berufsschülern. Beseitigt werden müsse in den Schulgebäuden auch der erhebliche Investitionsstau. Bund und Land müssten finanzschwache Kommunen als Schulträger bei Investitionen unterstützen. „Wir dürfen uns nicht weiter kaputtsparen“, sagt Horst Auldritsch vom Philologenverband.

■ Scheunentore für Schwindler schließen

Für Alexander Zimbehl, Landesvorsitzender des Niedersächsischen Beamtenbundes, ist der Handlungsdruck enorm. „Immerhin machen wir uns Sorgen um eine ganze Generation.“ Finanzen, Sparen, Investitionen und Staatsschulden ...? Der Staat könnte „vermeidbare Ausgaben“ unterbinden und seine „Scheunentore für Schwindler schließen“ (**Wirtschaftswoche**, vom 11. Juni 2021). Die Pandemie zeigt, wie leicht der Staat abkassiert werden kann. Steuer- und Sozial-

betrug blühen, ebenso wie Schwarzarbeit und Subventionstricks – weil Datenschutz und analoge Behörden wirksame Kontrollen verhindern.

Die Pizzeria im Zentrum des beschaulichen Städtchens Rottweil hat die Corona-Zeit nicht überstanden. Das beliebte Restaurant ist auf unabsehbare Zeit geschlossen, wie ein Zettel an der Tür verrät. Grund ist nicht die ausbleibende Kundschaft während der Pandemie, sondern die kriminelle Energie des Eigentümers. Insgesamt 18-mal stellte der Pizabäcker Anträge auf Soforthilfen, die sich am Ende auf die stolze Summe von 488 000 Euro beliefen. Mal änderte er seinen Namen, mal den der Gaststätte, mal eröffnete er neue Konten. Was den Richtern besonders missfiel: Noch zwei Tage nachdem die Polizei seine Wohnung durchsucht hatte, reichte der Gastwirt weitere Anträge auf Staatshilfe ein. Das Amtsgericht Rottweil verurteilte ihn jetzt zu drei Jahren und zwei Monaten Gefängnis – ein deutliches Strafmaß. Während die Justiz in diesen Wochen damit beginnt, die zahlreichen Betrüge-rien rund um die staatlichen Soforthilfen abzuarbeiten, läuft bei den Staatsanwaltschaften in ganz Deutschland bereits die nächste Ermitt-

*„Es ist nicht genug, zu wissen,
man muss auch anwenden.
Es ist nicht genug, zu wollen,
man muss auch tun.“*

Johann Wolfgang von Goethe

lungswelle im Corona-Komplex an – die Betrüge-rien rund um die Testzentren. Das Muster ist bekannt, die Gier kreativ. „Sicher wäre alles einfacher und weniger betrugsanfällig, wenn Deutschland bei der Digitalisierung weiter wäre – aber das ist nicht der Fall.“ Das sagt auch Florian Spengler, Leiter Arbeitsstab im Normenkontrollrat. Das Gremium überprüft Gesetze, nicht aber Verordnungen und Verwaltungsvereinbarungen, die den größten Teil der Hilfsregelungen ausmachen. „Das Kernproblem der Corona-Hilfen betrifft die mangelnde Digitalisierung der Verwaltungen“, sagt Spengler. „Wenn zum Beispiel jedes Unternehmen eine Identifikationsnummer hätte und darunter die wichtigsten Informationen abrufbar wären, könnte man

leichter Überprüfungen durchführen“, so der Experte. „Dann wüsste man zum Beispiel mit einem Klick, ob es die Firma, die Hilfen beantragt, überhaupt gibt. Auch eine Verknüpfung mit dem Finanzamt wäre leichter, dann könnte man etwa den Bedarf an Hilfen besser überprüfen.“

Eines immerhin hat die Politik aus dem massenhaften Betrug bei Corona gelernt: Die bisher fehlende Identifikationsnummer für Unternehmen wurde kürzlich im Bundestag beschlossen.

■ In eigener Sache

„Die Region hat zu wenig getan“ titelte der **Bonner Generalanzeiger** am 19. Juni 2021. Grund dafür war das Interview mit unserem Bundesvorsitzen-

den Frank Gehlen zum 70. Geburtstag des vbob. Neben den politischen Forderungen des vbob für die Beschäftigten des Bundes ging es in dem Interview auch um den 30 Jahre alten Umzugsbeschluss von Ministeriumsarbeitsplätzen nach Berlin. Gehlen hierzu: „Warten Sie mal, bis nach der Bundestagswahl der erste neue Minister entscheidet, zwei Abteilungen von Bonn nach Berlin zu holen. Dann wird gefragt: Was hat Ihre denn im Rheinland in all den Jahren gemacht?“

Trotz des Koalitionsvertrages aus 2018, in dem vereinbart wurde, dass der Bund, die Länder NRW und Rheinland-Pfalz zusammen mit der Region einen Staatsvertrag schließen, um den Bundesstandort Bonn abzusichern, ist davon weit und breit noch nichts zu sehen. *cm*



30 Jahre im Dienst – der vbob sagt *Danke!*

Am 1. Juli 2021 ist Gabriele Ruppert bereits 30 Jahre beim vbob beschäftigt. Die Leiterin der Bundesgeschäftsstelle hat neben ihren vielfältigen Aufgaben der Geschäftsführung im Laufe der Zeit bereits viele Mitglieder der Gremien unserer Gewerkschaft betreut, kommen und gehen sehen. Eines berichten alle vbob'ler übereinstimmend: Sie ist nicht nur die treue Seele der Gewerkschaft, sie ist das Bindeglied zwischen den Fachgruppen, exzellente Hilfeleisterin in allen gewerkschaftlichen Lebenslagen und ansprechbar für alle Mitglieder.

Gemeinsam mit den Kolleginnen Anne Hoffmann und Beatrix Rörig leistet sie im Jubiläumsjahr ihres vbob zudem enorm viel Öffentlichkeitsar-

beit, betreut die Jubiläumsveranstaltungen, versorgt alle Fachgruppen mit aktuellen Informationen und hält den amtierenden Bundesvorsitzenden bei Laune und Arbeit. Gemeinsam mit dem Bundesschatzmeister Dirk Rörig und Hartmut Grün haben wir am Ehrentag Gabi Ruppert gratuliert, mit ihr auf das besondere Jubiläum angestoßen und beigefügtes Foto gemacht. Dein vbob ist dir zu großem Dank für deine Arbeit verpflichtet. Wenn dieser Artikel zu weiteren Glückwünschen seitens der Fachgruppen oder der Mitglieder führen sollte, so ist das erwünscht!

Vielen Dank, liebe Gabi! Auf gesunde und erfolgreiche weitere Jahre der Zusammenarbeit im vbob.



© vbob

12

vbob Gewerkschaft Bundesbeschäftigte

Interview mit Behördenspiegel zum 70. Geburtstag des vbob

Am 9. Juni 2021 fand das Interview des Behördenspiegels mit dem Journalisten Jörn Fieseler im vbob Hauptstadtbüro statt.

Von persönlichen Vorsätzen bis zum Gewerkschaftstag 2022 über die Novelle des BPersVG, die Vorschläge von Ralph Brinkhaus und anderen Abgeordneten der CDU-/CSU-

Bundtagsfraktion zu einer großangelegten Verwaltungsreform bis hin zur Rolle des vbob in den nächsten Jahren war alles dabei.

Neugierig geworden? Seit 12. Juli liegt der neue Behördenspiegel auf Ihren Schreibtischen. Viel Spaß beim Lesen!



© Anne Hoffmann

> Gratulieren lohnt sich!

Werden Sie kreativ – wir belohnen Sie dafür!

Am 21. Juni wurde der vbob 70 Jahre alt. Wir würden uns über Glückwünsche freuen!

Wenn wir an die vergangene Zeit denken, fällt uns sicher sofort vieles ein, was uns dort begleitet hat. Egal ob es legendäre Musik vom Lieblingsinterpreten oder Filmklassiker ist. Der ein oder andere wird jedoch auch Erinnerungen haben, die im Zusammenhang mit dem vbob stehen. Deswegen haben wir im Bundesvorstand beschlossen, einen Wettbewerb für unsere Mitglieder zu starten.

Sie haben seit unserem Geburtstag 70 Tage lang bis einschließlich 29. August 2021 Gelegenheit, uns auf möglichst kreative Art zum Geburtstag zu gratulieren.

Dazu senden Sie eine E-Mail mit dem Foto oder dem Kurzvideo an jubilaum@vbob.de. Danach wird der Bundesvorstand die drei besten Einsendungen auswählen und Gewinne in Höhe von insgesamt 700 Euro ausschütten. Dabei ist es egal, ob es eine Einzelleistung oder eine Gruppenleistung ist. Seien Sie kreativ – der Fantasie sind keine Grenzen gesetzt!



© shutterstock